

# EU: Private Ersparnisse sollen in Firmen fließen



Aufgrund der

Finanzkrise haben immer mehr Firmen Probleme, Kredite zu bekommen, die Banken sind zunehmend zurückhaltend mit der Neuvergabe. Die EU will der Wirtschaft unter die Arme greifen. Und wie macht sie das? Sie greift nach dem Eigentum ihrer Bürger. Der Nachrichtenagentur Reuters liegt ein Geheimpapier vor, wonach die Ersparnisse privater Anleger zur langfristigen Finanzierung von Firmen genutzt werden sollten. Mit anderen Worten, die Bürger sollen zugunsten der Wirtschaft enteignet werden.

Dem Dokument zufolge werden offenbar Schritte angedacht, die die EU de facto von einer politischen Union zu einem Hedge Fonds umwandeln könnten.

Reuters meldet:

*Sparguthaben in der Europäischen Union könnten nach Ansicht*

*der EU-Kommission künftig für die Firmenfinanzierung genutzt werden. Auf diese Weise könnte man langfristig mehr Geld investieren und der Wirtschaft helfen, wie aus einem Papier der Kommission hervorgeht.*

*Dem Dokument zufolge will die Kommission die europäische Versicherungsaufsicht in der zweiten Jahreshälfte um Rat bitten, wie persönliche Ersparnisse für die Rente angezapft werden könnten, um die langfristige Finanzierung anzukurbeln. Bis Ende des Jahres soll zudem geklärt werden, ob man ein europäisches Sparkonto einführen könnte. Dieses würde Sparern offenstehen, deren Geld in kleine Firmen investiert werden könnte.*

Das bedeutet, die Sparguthaben fließen in undurchsichtige Firmenkonstrukte, die der unfreiwillige „Investor“ gar nicht überblicken kann und wenn diese Investments in einer Pleitefirma versickern, ist der Sparer sein Geld eben los.

EU-Appartschiks wie die Herren Barroso (im Bild l.) und Van Rompuy (r.) wollen also mit dem Geld der EU-Bürger Monopoly spielen. Von der Deutschen Bundesbank wird dazu sicher ein „Ja“ kommen, denn die träumt ja schon länger von einer Zwangsabgabe.

Schon bis Ende dieses Jahres soll das Papier umgesetzt werden. Ein Skandal erster Güte! Niemand hat diese Leute gewählt, aber sie haben die Macht, 500 Millionen EU-Bürger zu enteignen.